



An die
AfD-Stadtratsgruppe

Rathaus

Datum: 07.03.2024

Die Stadt beendet die öffentliche Aufforderung zur Denunziation von Mitbürgern
Antrag Nr. 20-26 / A 04337 von der AfD vom 20.11.2023, eingegangen am 21.11.2023

Sehr geehrte Stadtratsmitglieder,

nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist.

Die Durchführung von Kooperationsgesprächen und Kampagnen zu einzelnen Themen findet im Auftrag des Oberbürgermeisters statt und stellt somit eine laufende Angelegenheit der Verwaltung dar.

Zu Ihrem Antrag vom 20.11.2023 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Sie haben beantragt, die Kampagne „Zeig Flagge. Zeig´s an!“ zu stoppen, das Kooperationsprojekt der Koordinierungsstelle mit dem Polizeipräsidium zu beenden und den Fonds Queere Gleichstellung aufzulösen.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, beantworte ich letzteres ebenfalls mit diesem Schreiben.

Die Kampagne der KGL, die in Kooperation mit dem Polizeipräsidium München entwickelt wurde, bezieht sich auf das Anzeigen von Straftaten nach dem deutschen Strafgesetzbuch und hat somit nicht ansatzweise etwas mit Denunziation zu tun.

Sowohl die Kampagne als auch die Kooperation mit dem Polizeipräsidium werden selbstverständlich weitergeführt. Der Fonds Queere Gleichstellung wurde auf Beschluss des Stadtrats (Nr. 20-26 / V 08341) eingerichtet. Es ist nicht ersichtlich, weshalb er eingestellt werden sollte.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dieter Reiter